Bezugspreis
für Halle vierteljährlich 2,50 M., bei zweimaliger Zustellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Zur amtlichen Zeitungs-Verzeichniß unter Nr. 6378 eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich:
Max Scharre in Halle.
Sprechstunden von 10½ bis 12½ Uhr.
[Fernsprecher: Redaktion Nr. 2532. — Expedition Nr. 176.]

Saale-Zeitung.

Fünfunddreißigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die Spaltenzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Expedition, von unsern Annahmestellen und allen Annoncen-Expeditionen angenommen.
Reklamen die Zeile 75 Pf.
Erscheint wöchentlich zweimal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel ist nicht gestattet.]

Nr. 266. Halle a. d. Saale, Montag, den 10. Juni **1901.**

Ministerpräsident und Minister.

Die kürzliche offiziöse Meldung, daß der Ministerpräsident Graf Bülow infolge der ihm über den Saatenstand in den östlichen Provinzen zugegangenen bedrohlichen Nachrichten die Minister des Innern, der Finanzen und für Landwirthschaft ersucht habe, alsbald eine gemeinsame Bereisung der von der Kalamität betroffenen Bezirke vorzunehmen, wird von billigwohlgesinnter Seite dazu ausgenutzt, aufs neue Stimmung gegen den Kanzler zu machen und die Vorzüge der Bismarck'schen Politik nach allen Regeln der Kunst zu preisen. Da es die „Hamb. Nachr." sind, welche die diesbezüglichen Auslassungen der Welt vermitteln, hat man nicht nöthig, über die Stelle, von der die neuerlichen Versuche, dem Grafen Bülow den Boden zu untergraben, herrühren, lange nachzugrübeln, zudem verräth die Art der Polemik an sich ihren Urheber zu deutlich, als daß man irgendwie darüber im Zweifel sein könnte, daß man es hier wieder mit einem Vorstoß des Fürsten Herbert Bismarck zu thun hat, der nach wie vor Interesse daran hat, seine Person nicht in Vergessenheit gerathen zu sehen. Was der Sohn des großen Kanzlers dem Grafen Bülow in erster Linie zum Vorwurf macht, ist, daß letzterer die Stellung der preußischen Staatsminister herabzudrücken suche zu Staatssekretären, und zwar bemüht sich der Artikel der „Hamb. Nachr." das nachzuweisen an dem eingangs erwähnten Ersuchen des Grafen Bülow an die drei genannten Ressortminister nicht nur, sondern auch an Hand einer früher an den Minister des Innern ergangenen Anweisung, ihm über den Fall Sternberg Vortrag zu halten.

Solche Aufforderungen an die einzelnen Ressortminister durch den Grafen Bülow könnten die „Hamb. Nachr." noch mehr anführen, wenn sie ihr Gedächtniß schärfen wollten, aber es ist durchaus falsch, wenn sie behaupten, daß die vom gegenwärtigen Ministerpräsidenten geübte Praxis den Traditionen des Fürsten Bismarck widerspreche. Aus Poschinger's Veröffentlichungen über die Korrespondenz zwischen dem Fürsten Bismarck und den einzelnen preußischen Staatsministern ist ersichtlich, daß Fürst Bismarck Aufforderungen zum Bericht, Anregungen und dergleichen vielfach an seine Kollegen gerichtet hat und man braucht nur an die Art und Weise zu erinnern, wie Fürst Bismarck seine Ministerkollegen oft brüskirte und, wie beispielsweise die Minister Achenbach und Botho Eulenburg, durch Reden oder durch Erklärungen vor dem Parlamente zum sofortigen Rücktritt nöthigte, um darzuthun, daß das Verfahren Bülow's demjenigen Bismarck's gegenüber, abgesehen davon, daß es zu üben durchaus das Recht und die Pflicht des Kanzlers ist, geradezu courtoisievoll genannt werden muß. Ganz abgesehen davon aber und abgesehen auch von den pedantischen Anwandlungen des Bismarck'schen Artikels, der sich recht äußerlich an das Wort „ersuchen" klammert, kann es doch nur erwünscht sein und von allen Parteien mit Genugthuung begrüßt werden, daß auch in Preußen jetzt wieder unter dem König ein leitender Staatsmann waltet, wie er unter der Aera Hohenlohe sehr zum Schaden des Ansehens der Regierung vermißt wurde. Dieser Ansicht ist mit uns sogar — eine große Seltenheit — die freikonservative „Post", die es geradezu als ein Erforderniß für die Einheitlichkeit und Geschlossenheit der Staatsregierung betrachtet, daß der Ministerpräsident auch dem Staatsministerium gegenüber in Bezug auf die Gesammtpolitik die Leitung übernimmt und das gerade jetzt von ganz besonderem Werthe hält, weil sich dadurch die Aussicht eröffnet, einen der Hauptmängel, an denen die Staatsleitung Preußens in der letzten Zeit litt, zu beseitigen. „Die preußischen Minister hatten in den letzten Jahren nur zu sehr das Bewußtsein verloren, daß sie die selbständig verantwortlichen Berather der Krone sind, und sich mehr und mehr als ausführende Organe des Willens des Herrschers gefühlt. Die Folge davon war, daß nicht nur die ständige persönliche Fühlung zwischen der Krone und ihren verantwortlichen Berathern mehr und mehr verloren ging, sondern auch der Krone in den wichtigsten und schwierigsten Momenten der verantwortliche Rath der Minister fehlte."

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Beseitigung dieses Mißstandes, und die Wiederherstellung einer regelmäßigen verantwortlichen Berathung des Monarchen in Sachen der inneren Politik Preußens sich sehr viel leichter ausführen läßt, wenn die Fäden dieser Politik sämmtlich in der Hand des Ministerpräsidenten zusammenlaufen, welcher durch seine Stellung als Reichskanzler und verantwortlicher Leiter der auswärtigen Politik ohnehin in ständiger persönlicher Berührung mit dem Monarchen ist. Wir vermögen daher in den äußeren Anzeichen, daß Graf Bülow auch die Führung der inneren Politik Preußens für sich in Anspruch nimmt, keinen Anlaß zur Beunruhigung oder Besorgniß zu erblicken, erkennen darin vielmehr einen ersten bedeutungsvollen Schritt zur Beseitigung desjenigen Mißstandes, welcher in erster Linie der Entschlossenheit, Einheitlichkeit und Stetigkeit der inneren Politik Preußens bisher hinderlich war."

Die „Hamb. Nachr." dürften also wohl, und diesen Eindruck gewinnen wir auch aus der übrigen Presse, soweit diese die Bismarck'schen Auslassungen erwähnt und kommentirt hat, mit ihrer Anschauung allein stehen und dadurch auf die Unhaltbarkeit derselben und auf ihre Ungerechtfertigkeit hingewiesen werden. Und wenn sie ihre ganz haltlosen Ansichten und Beschwerden noch damit zu begründen sucht, daß Herr von Miquel aus eigener Initiative, nämlich aus Abneigung gegen das erwähnte Verfahren des Grafen Bülow ausgeschieden sei, so ist es zur Genüge bekannt, daß der seitherige Finanzminister erst nach einer sehr deutlichen Aufforderung seinen Platz geräumt hat, als daß dieses Märchen irgend welchen Glauben finden könnte. Es ist deshalb ein durchaus verfehlter Versuch, den die „Hamb. Nachr." damit machen, daß sie den Buchstaben der preußischen Ministerial-Verfassung und die Bestimmung, nach welcher der Ministerpräsident nur der Erste unter Gleichen ist, höher stellen als die Bedeutung des wenn auch nicht geschriebenen, doch thatsächlich geltenden Rechts des leitenden Staatsmanns: außer der Führung der Geschäfte auch die Initiative nicht aus der Hand zu geben. Sch.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

* Der Großherzog und die Großherzogin von Baden reisen auf Einladung des Kaisers heute zur Taufe des Linienschiffes „E", das bekanntlich den Namen „Zähringen" erhält, nach Kiel ab. Die Großherzogin wird die Taufe vollziehen.

* Der Reichskanzler empfing am Sonnabend den Oberbürgermeister von Posen, Witting, in längerer Audienz, die wahrscheinlich die Frage der Entfestigung dieser Stadt betraf.

* Die Leiche des in China ermordeten Hauptmanns Bartsch ist am Sonnabend mittag mit dem Lloyddampfer „Prinzeß Irene" in Hamburg eingetroffen und mit der Eisenbahn nach Striegau in Schlesien weiterbefördert worden, wo die feierliche Beisetzung erfolgt.

* Dem „Reichsanzeiger" zufolge erhielten der Direktor bei dem Rechnungshofe des Deutschen Reichs Fritsch und der vortragende Rath der Oberrechnungskammer Schieck den Charakter als Wirklicher Geheimer Oberregierungsrath mit dem Range der Räthe erster Klasse.

* Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht die Ernennung des Geheimen Oberpostraths Gieseke zum Direktor im Reichspostamt.

Puttkamerei.

Der von uns schon erwähnte und nach Gebühr kurz gewürdigte Versuch des Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O., die Abfendung einer von den Stadtverordneten zu Guben gefaßten Petition gegen die Erhöhung der Getreidezölle dadurch zu verhindern, daß er dieselbe dem Stadtverordneten-Vorsteher unter Androhung einer Geldstrafe von 150 M. unterlagte, gewinnt an Interesse durch die Person des Regierungspräsidenten. Der Herrscher von Frankfurt a. O. heißt nämlich von Puttkamer und dieser Name sagt wohl schon genug und bietet eine genügende Erklärung für das Verhalten der Aufsichtsinstanz. Unsere Puttkamer haben sich immer durch besondere Verwaltungsgrundsätze ausgezeichnet. Sprößlinge dieser Familie sitzen in zahlreichen Verwaltungsämtern als Amtsvorsteher, Landräthe, Regierungspräsidenten, und erproben die dem Geschlecht angeborene Weisheit zur Beglückung der Unterthanen. Die Herrscherthaten des Hauptvertreters der Puttkamerei, des einstigen Ministers v. Puttkamer, den der todtkranke Kaiser Friedrich gegen den Willen des Fürsten Bismarck aus dem Amte entfernte, sind noch in lebhafter Erinnerung. Anscheinend schwebt das Vorbild dieser verflossenen Ministerherrlichkeit dem Regierungspräsidenten in Frankfurt vor. Er will der Welt zeigen, daß er als einer aus dem Geschlechte derer v. Puttkamer die Regierungskunst anders versteht als die übrigen Regierungspräsidenten, welche die städtischen Vertretungen in der Ausübung ihres Petitionsrechts nicht behindert haben.

Es wird bald bekannt werden, ob der Stadtverordnetenvorsteher von Guben sich der Anordnung des Regierungspräsidenten gefügt hat. Er kann sich über die Anweisung offen hinwegsetzen, wenn er die angedrohte Geldstrafe von 150 Mark bezahlt. Der Vorgang in Guben erinnert lebhaft an eine Geschichte, die der Stadt Berlin passirt ist. In dem Kampf gegen die Umsturzvorlage beschloß die Stadtverordnetenversammlung von Berlin eine Petition gegen das Gesetz; der Oberpräsident v. Achenbach bestritt der Stadt das Recht zur Meinungsäußerung in dieser Angelegenheit, aber der Stadtverordnetenvorsteher Langerhans war fixer; der Protest lag schon im Briefkasten, als das zweite Schreiben des Oberpräsidenten mit der Untersagung der Absendung unter Androhung einer Geldstrafe von 300 Mark eintraf. Wir sind gespannt darauf, was der Ministerpräsident Graf Bülow zu dem Vorgehen des thatenlustigen Herrn von Puttkamer sagen wird. Uns will scheinen, als ob den Grafen Bülow eine Gegenbewegung gegen das excentrische Agrarterthum nach Lage der Dinge nicht gerade unangenehm sein könnte, wenn anders er nicht darauf verzichten will, die Erneuerung der Handelsverträge durchzusetzen. Auch der neue Minister Frhr. v. Hammerstein hat gelegentlich zu bekunden, ob er es billigt, daß die ihm unterstellten Landräthe und Regierungspräsidenten Politik auf eigene Faust machen. Als Herr v. Hammerstein Minister des Innern wurde, obwohl er, ausgenommen die Referendarzeit, der preußischen Verwaltung nicht angehört hat, wurde in der Presse gesagt, gerade er sei gewählt worden, weil er keine Beziehungen zum ostelbischen Junkerthum habe und mit fester Hand die frondirenden Landräthe und Regierungspräsidenten im Zaume halten würde. Auch an dem Gubener Fall wird sich zeigen, ob solche Erfahrungen gerechtfertigt waren. *

In der Zwickmühle.

So lange die Diskussion über wirthschaftliche Fragen einen mehr akademischen Charakter an sich trägt, mag es für manche politische Richtungen, in denen die Anschauungen hierüber stark auseinandergehen, allerdings sehr bequem sein, einer grundsätzlichen Stellungnahme durch Annahme von allgemein gehaltenen Resolutionen, die jeder nach seinem Gusto interpretiren kann, aus dem Wege zu gehen. Diese Parteien kommen aber sofort in eine schwierige Situation, sobald eine wichtige Frage, wie jetzt die Erhöhung der Getreidezölle, aktuell wird und zur Entscheidung drängt. In dieser nicht gerade angenehmen Lage befinden sich z. B. das Centrum und die Nationalliberalen, die sich vergeblich abmühen, eine sogenannte „mittlere Linie" zu finden, die ihnen ein einheitliches Votum und damit die Geltendmachung des vollen parlamentarischen Machtfaktors der Partei ermöglicht. Darüber dürften sich die beiderseitigen Parteileitungen wohl auch schwerlich noch irgend welchen Illusionen hingeben, wie sehr sie auch bestrebt sind, nach außen hin eine solche Einheitlichkeit zu markiren. In Rheinland-Westfalen hat jetzt das Centrum alle Hände voll zu thun, um sich des Einbruchs des Bundes der Landwirthe zu erwehren. Zu diesem Behufe bemüht sich die dortige Centrumspresse, den Wünschen des rheinischen Bauernvereins nach Möglichkeit entgegenzukommen. Umgekehrt werden die Centrumswähler in den industriellen Wahlkreisen Westfalens und Oberschlesiens gegen die Zollpolitik des Centrums immer mißtrauischer. In Oberschlesien haben sogar eine Reihe von städtischen Kommunen, die von Mitgliedern des Centrums beherrscht werden, sich der Protestbewegung gegen jede Erhöhung der Zölle angeschlossen. Wenn die der Centrumspartei angehörenden Reichstagsabgeordneten dieser Wahlkreise den Agrariern bei der Erhöhung der Zölle Gefolgschaft leisten wollten, so würde das Centrum bei den nächsten Wahlen dort etwas erleben.

Dasselbe trifft auf die Nationalliberalen zu. Der Centralvorstand der Partei hat in seiner letzten Sitzung, wie man aus dem Bericht des parteioffiziösen Organs schließen darf, zu der Frage der Getreidezollerhöhung in sehr vorsichtiger Form Stellung genommen; konservative Blätter wollen in diesen Verhandlungen sogar eine Abschwächung der bekannten parteioffiziellen Kundgebung vom Juni v. J. erblicken. Inwieweit diese Annahme zutreffend ist, wollen wir hier nicht weiter untersuchen, zumal ja auch die vielbesprochene Resolution vom vorigen Jahre keineswegs die Abgeordneten der Partei zum unbedingten für eine Erhöhung der Zölle verpflichtete. Der Abg. Büsing, der Vizepräsident des Reichstags, hat dies ja selbst vor einigen Monaten in einer süddeutschen Versammlung ausdrücklich konstatirt mit dem Hinweis, daß in wirthschaftlichen Fragen die Partei von jeher Toleranz geübt habe. Von der „großen Majorität", die angeblich im Reichstag für eine Zollerhöhung einzutreten gewillt ist, dürfte daher wohl manch einer aus den Reihen der „wirthschaftlich neutralen" Parteien sich seine Abstimmung noch sehr überlegen. *

Politisches.

* Dem Vernehmen der „Berl. Polit. Nachr." nach werden die preußischen Minister, die sich nach den von einem Nothstande bedrohten Provinzen begeben sollen, um an Ort und Stelle durch persönliche Einsichtnahme in die Verhältnisse und Besprechung mit sachkundigen Personen sich über den Umfang und die Mittel zur Vorbeugung und Abhilfe der Noth schlüssig zu machen, die Reise im Laufe dieser Woche antreten.

* Sowohl über die ministerielle Zollkonferenz der verflossenen Woche, als auch über die darauf gefolgte Berathung über die Finanzlage des Reichs ist bisher noch der Schleier der Verschwiegenheit gebreitet. Einige Blätter behaupten aber jetzt, daß sie ihn zu durchdringen oder zu lüften vermöchten, und so läßt sich die Münchener „Allg. Ztg." aus Berlin vom 6. Juni nachträglich noch berichten:

Unter den Theilnehmern der Konferenz, die sich im Laufe des heutigen Tages und Abends in ihre Heimath zurückbegeben haben, nachdem sie zu guterletzt auch noch in der Frage der Reichsfinanzreform diejenige Fühlung miteinander zu gewinnen versucht haben, die namentlich der bayerische Finanzminister für dringend nothwendig hält, herrschte Einmüthigkeit in verschiedener Beziehung. Daß eine Zollerhöhung für die heimischen Bodenfrüchte entschieden nothwendig sei, darf als eines der sichersten Ergebnisse der Vereinbarung der Mitglieder der zollpolitischen Konferenz betrachtet werden. Im übrigen aber bestätigte der Verlauf der Berathungen durchaus, was von der „Allg. Ztg." wiederholt gesagt worden ist, daß nämlich der neue deutsche Zolltarif keine Tendenz ins Hochschutzzöllnerische zeigt; nichts dergleichen ist der Fall. Was die im Anschluß an die zollpolitischen Berathungen gepflogenen finanzpolitischen Erörterungen betrifft, so wird man dem Ergebniß derselben vielleicht am besten gerecht, wenn man sagt, daß es sich empfiehlt, die Neugestaltung des Zolltarifs abzuwarten, bis man auf Entschließungen in dieser Frage hinarbeitet.

Die Agrarier werden damit um so weniger zufrieden sein, als gleichzeitig die „Nat.-Lib. Korr." über den weiteren Gang der handelspolitischen Vorbereitungen folgende Mittheilungen zu machen weiß:

Der Bundesrath wird voraussichtlich noch bis Ende Juni Sitzungen abhalten und Anfang Juli sich über die nächsten Monate vertagen. Inzwischen werden die Einzelregierungen diejenigen Stücke des Zolltarifs, die für ihre Landesgebiete von besonderer Bedeutung sind, mit ihren landwirthschaftlichen, Handels- und Gewerbesachverständigen eingehend berathen. Wenn der Bundesrath im Oktober wieder zusammentritt, wird sich das Urtheil der Bundesregierungen über den Zolltarif soweit befestigt haben, daß die Instruktionen für die stimmführenden Bundesbevollmächtigten erfolgen können. Je nachdem im Bundesrath eine Einigung leichter oder schwerer herbeigeführt wird, dürfte der Reichstag den Zolltarif vorgelegt erhalten, wenn er wieder zusammentritt, oder ihn erst später entgegennehmen.

So wünschenswerth baldige Klarheit auch sein mag, überstürzt werden darf die weitere Vorbereitung des neuen Zolltarifs nicht und wird es hiernach ja auch schwerlich. Die Agrarier freilich wird das sehr hart ankommen; ihre Gegner aber finden Gelegenheit, noch nachhaltiger als bisher zu Worte zu kommen, und werden sie auch reichlich ausnützen müssen.

* Die Einheitspostmarke, zu der Württemberg verstanden hat, will Bayern keinesfalls einführen oder zulassen. Die offiziöse „Südd. Reichskorr." meldet dazu aus München:

„Die Einheitlichkeit des Wirthschaftsgebietes wird im Deutschen Reiche, das eben kein Einheitsstaat ist, nicht dadurch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010610014/fragment/page=0001

in Frage gestellt oder auch nur berührt, daß einige Staaten auf Grund ihres Reservatrechts eigene Marken besitzen. Und die auf unerschütterlichen Grundlagen beruhende Einigkeit des Deutschen Reiches und die untrennbare Zusammengehörigkeit aller seiner Glieder ist dem Auslande bisher nicht minder zum Bewußtsein gekommen. Würde man die Frage im Auslande aufgreifen und daraus einen Mangel nationalen Fühlens zu konstruiren suchen, so wäre dies nur ein Echo der fortgesetzten Erörterungen in diesem Sinne innerhalb der Reichsgrenzen. Was aber die Frage der Zweckmäßigkeit angeht, so möchten wir daran erinnern, daß Bayern bereits im Jahre 1882 den Vorschlag gemacht hatte, an allen Postanstalten des Reiches den Austausch der verschiedenen Postwerthzeichen zu gestatten."

Auch dieser Austausch wäre schon eine Erleichterung des Postverkehrs, wenn auch keine große. Warum sich Bayern gegen die Einführung einer einheitlichen deutschen Postmarke sträubt, nachdem alle anderen Bundesstaaten sie angenommen haben, ist kaum zu verstehen und muß bis auf weiteres als ein Ausfluß partikularistischen Eigensinns gelten. Die Einheitsmarke würde ja die selbständige Postverwaltung in keiner Weise beeinträchtigen.

* Zu der von offiziöser Seite erfolgten, kürzlich wiedergegebenen Mittheilung, daß das ärztliche Gutachten über den Geisteszustand Weilands die wissenschaftliche Ministerialinstanz beschäftigt habe, bemerkt die „Natl. Korr.", es sei trefflich, daraus zu folgern, daß die Behandlung des Falles Weiland irgendwie herausfalle aus dem Rahmen, der bei allen derartigen Verbrechen innegehalten wird. Bei jedem Kapitalverbrechen werde die Untersuchung über den Geisteszustand, falls sie für nöthig erachtet wurde, einer Nachprüfung durch die höchste wissenschaftliche Instanz unterzogen. Erst daraufhin erfolge die Entscheidung des Reichsgerichts resp. des Reichsanwalts, wie der betreffende Fall weiter zu behandeln sei.

* Der Termin für die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Memel-Heydekrug ist vom Regierungspräsidenten auf Freitag, den 19. Juli, anberaumt. Zum Wahlkommissar ist Landrath Dr. Domnick-Heydekrug ernannt worden.

Volkswirthschaftliches.

* Wenn auch die Kanal- oder Wasserwirthschaftliche Frage augenblicklich nicht im Vordergrunde des Interesses steht, so ist es doch nicht unnützlich, von Zeit zu Zeit auf sie zurückzukommen. Mehrfach ist behauptet worden, zur Zeit des ersten Reichskanzlers sei der Wunsch nach Verwollkommnung der Kanäle nicht hervorgetreten. Das Gegentheil ist thatsächlich der Fall gewesen. Im Jahre 1881 brachte das offiziöse Blatt des Fürsten Bismarck eine Nachricht, die im wesentlichen folgendes besagte: Mit Recht werde darüber geklagt, daß unser Kanalsystem im Vergleich mit demjenigen Englands, Frankreichs und Hollands in seiner Entwicklung zurückgeblieben sei. Man beschäftige sich innerhalb des Staatsministeriums schon längere Zeit mit dem Plane, das preußische Kanalsystem in großartiger Weise zu vervollkommnen. Im Ministerium der öffentlichen Arbeiten sollten Projekte theils bereits fertiggestellt, theils in der Ausarbeitung begriffen sein, welche bezwecken, die Elbe mit der Weser, die Weser mit der Ems, die Ems mit dem Rhein zu verbinden. Hand in Hand damit würde der Bau des seit einer Reihe von Jahren projektirten Nord-Ostsee-Kanals gehen, zu dessen Ausführung jetzt englische Kapitalien zur Verfügung stehen sollten, und gleichzeitig würde der Versuch gemacht werden, die Schwierigkeiten zu überwinden, welche die holländische Regierung bisher dem Projekt eines Rhein-Maas-Kanals entgegengestellt habe.

* Durch die geplante Abänderung des Börsengesetzes soll den „Berl. Pol. Nachr." zufolge auch den Beschwerden über die Erhebung des Differenzeinwands in weitem Umfange abgeholfen werden. Ferner sagt die offiziöse Korrespondenz im Zusammenhange mit dieser Mittheilung:

Wenn trotzdem in den Kreisen der Börsenwelt weitergehende Wünsche laut werden, so ist dies zwar an sich natürlich; aber man wird sich doch auch dort sagen müssen, daß nicht alles, was wünschenswerth erscheint, zur Zeit auch erreichbar ist. Wenn, wie der Herr Reichskanzler gegenüber Wünschen auf Revision des Börsengesetzes erklärt hat, die Zeit seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes noch zu kurz ist, um ein abschließendes Urtheil über die Wirkungen desselben zu gestatten, so folgt daraus an sich mit logischer Konsequenz, daß Aenderungen, welche in der Zwischenzeit vorgenommen werden sollen, sich einerseits auf das unbedingt Nothwendige zu beschränken, andererseits auf dem Boden des Börsengesetzes selbst sich zu bewegen haben. Es kommt hinzu, daß man mit der Zusammensetzung des Reichstages zu rechnen hat. Diese Zusammensetzung läßt nach den wiederholten Aeußerungen aus der Mitte der betheiligten Parteien keinen Zweifel darüber zu, daß selbst Aenderungen des Börsengesetzes, welche die Bestimmungen desselben mildern sollen, ohne an den Grundlagen desselben selbst zu rühren, auf erheblichen Widerstand stoßen werden, daß aber auf einen Erfolg von Vorschlägen, welche grundlegende Bestimmungen des Börsengesetzes selbst zu ändern bestimmt wären, nicht entfernt zu rechnen ist. Liegen die Dinge aber so, so würden Vorschläge, welche über die Linie des zur Zeit Erreichbaren hinausgehen, nur zu leicht die Gefahr in sich schließen, daß überhaupt nichts erreicht wird. Man wird endlich auch nicht vergessen dürfen, daß die in Sachen des Differenzeinwandes ergangenen Entscheidungen des Reichsgerichts sich nicht allein auf das Börsengesetz, sondern auch auf die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über Spiel und Wette stützen und daß an eine Aenderung dieser Bestimmungen jedenfalls nicht zu denken ist. Man wird daher gut thun, sich auch in dem vorliegenden Falle in den betheiligten Kreisen daran zu erinnern, daß nur zu oft das Bessere der Feind des Guten ist.

Danach scheint es, als ob die Regierung thatsächlich gesonnen ist, den berechtigten Wünschen der Börsenkreise nach Möglichkeit entgegenzukommen, zum mindesten hat die Börse seit langer Zeit einen so warmen Ton in einer offiziösen Auslassung nicht zu hören bekommen, und das darf sie schon zu einiger Hoffnung ermuthigen.

* Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt: „Nach unseren Informationen werden die preußischen Staatsbahnen, so weit sich bis jetzt übersehen läßt, auch für das verflossene Etatsjahr 1900 günstig abschließen. Wir schätzen den Mehrüberschuß gegen den Etat auf ungefähr 18 Millionen Mark — ein Werthsicherungsbedürfniß, das um so höher anzuschlagen ist, als während des letzten Drittels des Etatsjahres eine starke Abflauung des Verkehrs eintrat und diese, wie derzeit bekannt geworden, auch dahin führte, daß die Verkäufe der Altmaterialien gegenüber den zu niedrigen Preisangeboten eingestellt wurden. Zweifellos hätte der Mehrüberschuß die im Winter angenommene Höhe erreicht, wenn die in den nicht verkauften Altmaterialien steckenden Werthe den Einnahmen des Jahres 1900 noch zu gute gekommen wären. — Alle gut sich übrigens hinsichtlich der Altmaterialienverkäufe rechtzeitig geübte Zurückhaltung bewährt hat, zeigt ein Vergleich der heute erzielten mit den damals gebotenen Preisen. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden diese Verhältnisse sich weiter heben und darf im übrigen wohl angenommen werden, daß die wirthschaftliche Stockung, die hinsichtlich der Dauer und Tiefe doch vielfach überschätzt worden ist, den tiefsten Punkt überschritten hat. Auch die sich daran knüpfenden weiteren finanziellen Aussichten sind — so weit sich zur Zeit übersehen läßt — für die preußischen Staatsbahnen bei den ihnen innewohnenden Elastizität und der guten Ordnung ihrer Finanzen als nicht ungünstig zu bezeichnen. Insbesondere wird der in Aussicht stehende gute Jahresabschluß für 1900 dazu beitragen, daß der für Vermehrung des Fuhrparks und Verbesserung der Bahnanlagen bestimmte Dreißigmillionenfonds von neuem aufgefüllt werden kann." — Da die preußische Eisenbahnverwaltung, wie aus einem dieser Tage mitgetheilten Plane ersichtlich war, für die Beziehen von Invaliden- und Altersrente in geeigneter Weise weitgehende Fürsorge zu treffen plant, während sie freilich, wie gleichfalls jüngst erwähnt, bezüglich des Telegraphendienstes große Sparsamkeit zum Nachtheile vieler Unterbeamten üben will, erscheint es durchaus angebracht, dem Minister v. Thielen erneut die größtmögliche Fürsorge für die im Dienste befindlichen Unterbeamten und Arbeiter dringend ans Herz zu legen; die günstigen Ziffern des oben mitgetheilten Jahresabschlusses gestatten ihm das in bequemster und ausgiebiger Form. Hoffentlich folgen auch den Worten über „Vermehrung des Fuhrparks" und „Verbesserung der Bahnanlagen" nun bald einigermaßen befriedigende Thaten. Der neue Finanzminister wird hoffentlich die Bahnverwaltung nicht mehr so als melkende Kuh betrachten, wie dies Herr v. Miquel that.

* Die Einnahmen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung im Rechnungsjahre 1900 betrugen 394,542,596 M. (+ 20,908,695 M.), die Einnahmen der Reichseisenbahnverwaltung 89,743,190 M. (+ 2,848,431 M.).

Kirche und Schule.

* Der Unterrichtsminister gedenkt die Gewährung von Zuschüssen zu den Schulunterhaltungskosten aus Staatsmitteln noch weiter zu beschränken, soweit die größeren Berliner Vorortgemeinden in Betracht kommen. Der Minister ist der Ansicht, daß die Fürsorge für das Volksschulwesen zu denjenigen Aufgaben der Gemeinden gehöre, die bei der Aufstellung des Etats in erster Linie volle Befriedigung finden müssen. Die meisten Vororte dürften bei dem außerordentlichen Steigen der Bodenwerthe hierzu wohl in der Lage sein. Dauernde Zuschüsse zu den laufenden Kosten für das Schulwesen sollen deshalb fernerhin nur noch in ganz dringenden Fällen gewährt werden. — So schafft sich der Staat eine moralische Verpflichtung nach der anderen vom Halse.

Parteinachrichten.

* Die infolge der Greifswalder Wahl einigermaßen verständliche Abneigung gegen Landrathskandidaturen zieht nicht nur in den spezifisch agrarischen, sondern auch in der konservativen Presse immer weitere Kreise und verdichtet sich sogar weiter zu der Forderung des Ausschlusses nicht nur auch anderer Beamtenkategorien, sondern überhaupt aller anderen Berufsarten mit Ausnahme der Landwirthe. Der „Reichsbote" stellt die Parole auf: Allgemein möge für die konservative Partei jetzt gelten: „Stellt keinen Landrath auf." Schon in Memel-Heydekrug haben die Konservativen bekanntlich von vornherein auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten zu Gunsten des von den Litthauern aufgestellten Landwirths verzichtet und für die im Wahlkreise Elbing-Marienburg bevorstehende Landtagsersatzwahl an Stelle des ein Mandat nicht wieder annehmenden Polizeipräsidenten v. Glasenapp befürwortet die konservative „Danz. Allg. Ztg." dringend, „in diesem durchaus ländlichen, stets konservativ vertretenen Wahlkreise einen Landwirth (in der „Danz. Allg. Ztg." gesperrt gedruckt) als Kandidaten aufzustellen, der in der Provinz ansässig ist, ferner den Wählern bekannt ist und auch deren volles Vertrauen genießt." Dann werde auch der Wahlkreis Elbing-Marienburg wie bisher im Besitze der Konservativen bleiben. Diese gedrückte Stimmung harmonirt sehr schlecht mit dem protzigen Auftreten der führenden Parteiorgane. Und dabei handelt es sich nicht einmal um eine Reichstags-, sondern eine Landtagsersatzwahl, zu der die alten Wahlmänner der allgemeinen Wahl vom Jahre 1898 berufen werden.

Sozialpolitisches.

* Ueber eine sonderbare Bevorzugung des Adels im Krankenhause giebt eine Zuschrift an die „Tägl. Rundschau" bemerkenswerthe Aufschlüsse. Es heißt darin: Das königl. Augusta-Hospital in Berlin hat nur adlige Schwestern, außerdem beschäftigt es Pflegerinnen, die den Schwestern zur Hilfe beigegeben sind und in zwei Jahren die Krankenpflege erlernen. Man nimmt das Augusta-Hospital „Pensionärinnen" auf, junge Mädchen, die für eine Pension von 150 M. in einem vierteljährigen Kursus unter Anleitung der Schwestern die Krankenpflege erlernen. Als Pensionärinnen werden nicht nur adlige, sondern auch bürgerliche Damen angenommen. Trotzdem Adlige und Bürgerliche gleiche Pension zahlen, nehmen die bürgerlichen Pensionärinnen eine den adligen untergeordnete Stellung ein. Sie werden mit ihren adligen Gefährtinnen gar nicht bekannt gemacht, so daß die letzteren von vornherein ihre bürgerlichen Genossinnen als unter ihnen stehend ansehen müssen. Nur die adligen Pensionärinnen nehmen an den Mahlzeiten der Oberin und der Schwestern theil, während die bürgerlichen Pensionärinnen mit den mehr oder minder ungebildeten Pflegerinnen zusammen speisen. Auch in Bezug auf Größe und Ausstattung des Zimmers werden die adligen Pensionärinnen bedeutend vor den bürgerlichen bevorzugt. — Junge Mädchen bürgerlicher Abkunft werden also gut thun, ihre Ausbildung im Krankenpflegerdienste anderwärts als in dem zum guten Theile aus von bürgerlichen Kreisen hergegebenen Geldmitteln errichteten und unterhaltenen Augusta-Hospital zu Berlin zu suchen, es müßte denn, was freilich kaum zu erwarten steht, in den dortigen „eigenartigen" Gepflogenheiten eine Aenderung eintreten.

* In zahlreichen Fabriken der Textilindustrie Westsachsens sind infolge Mangels an Aufträgen umfangreiche Betriebseinschränkungen erfolgt. Zur Zeit stehen mehrere hundert Webstühle leer. — Die Weber-Innungen des sächsischen Industriebezirks haben Massenpetitionen an den Reichstag und Bundesrath eingeleitet betreffs reichsgesetzlicher Regelung der Hausteztil-Industrie und Einführung des Versicherungs-Zwanges für Hausgewerbetreibende.

Heer und Flotte.

* Gerüchtweise verlautet bereits seit längerer Zeit, daß die Militärverwaltung wiederum eine Erhöhung der Friedenspräsenzstärke beabsichtige, obgleich das durch Gesetz vom 25. März 1899 festgelegte Quinquennat erst mit dem 31. März 1904 abläuft und die darin für das Jahr 1903 vorgesehene Friedenspräsenzstärke von 495,500 Mann im Etat für 1901 noch um 1049 Mann nicht erreicht ist. Unlängst machte der nationalliberale Abgeordnete Bassermann in seiner Rede in Koburg verdächtig klingende Andeutungen von Absichten der Regierung, Präsenzerhöhungen nach Maßgabe der Zunahme der Bevölkerung vorzunehmen. Auch sind schon Trainwagen bemerkt worden, die die Aufschrift eines dritten Bataillons trugen bei Infanterie-Regimentern, die nur zwei Bataillone zählen. Endlich wird jetzt auch aus Holstein berichtet, daß in einem Fleischlieferungskontrakt mit einem dortigen Schlächtermeister für ein Infanterie-Regiment mit zwei Bataillonen die Klausel hinzugefügt worden ist, daß, wenn in dem Lieferungsjahr das Regiment noch ein drittes Bataillon erhalten sollte, auch für dieses die Fleischlieferung zu übernehmen sei. — Die Beschaffung von Trainwagen für ein drittes Bataillon mag sich daraus erklären, daß im Mobilmachungsfall ein solches aufzustellen ist. Unklar aber ist, was es mit der Klausel in einem Lieferungskontrakt für eine Bewandtniß hat. „Das fehlte auch noch", bemerkt hierzu die „Freis. Ztg." daß bei der ungünstigen Finanzlage zu der außerordentlichen Verstärkung der Flotte noch wiederum eine Heeresverstärkung ohne allen äußeren Anlaß hinzukäme. Es würde eine parlamentarische Verwirrung sondergleichen werden, wenn in der nächsten Session zu den Zolltarifkämpfen und den Kanalkämpfen auch noch ein heftiger Militärkonflikt hinzukäme." Wir halten die Befürchtungen der „Freis. Ztg." einstweilen nur für soweit begründet, als die Militärverwaltung demnächst die 7000 Mann verlangen wird, auf die ihr das Centrum vor zwei Jahren einen Wechsel ausgestellt hat.

* Der zur Ausführung einer Strafexpedition nach der Insel St. Matthias bestimmte Kreuzer „Cormoran", Kommandant Korvetten-Kapitän Grapow, ist am Sonnabend in Sidney angekommen und wird nachstehende Reiseorde ausführen: Um Mitte dieses Monats Fahrt von Sidney nach St. Matthias, wo — wie dieser Tage erst ausführlich geschildert — die Expedition Mencke von Kanaken überfallen worden war, Ende Juni von Samoa aus Rundfahrt nach den deutschen Stationen, Anfang Oktober Rückkehr nach Samoa, im November Reise nach Jaluit, Ponape, Yap und den Palau-Inseln, im Februar 1902 Fahrt durch den Bismarckarchipel und im Mai 1902 Rückkehr nach Sidney.

* S. M. S. „Bussard", Kommandant Korvetten-Kapitän v. Bassewitz, ist am Sonnabend von Schanghai nach Tsingtau in See gegangen; ebenso S. M. S. „Schwalbe", Kommandant Korvetten-Kapitän Börner, von Wusung nach Tsingtau. Dort sind am Freitag die Torpedoboote „S 90" und „S 91", Kommandanten Kapitänleutnant Höhner und Oberleutnant zur See Wülfen, angekommen. — S. M. S. „Jaguar", Kommandant Korvetten-Kapitän Berger, ist am Donnerstag in Hongkong angekommen. — S. M. S. „Gefion", Kommandant Korvetten-Kapitän Bredow, ist am 9. Juni in Tsingtau und S. M. S. „Iltis", Kommandant Korvetten-Kapitän Sthamer, am 8. Juni in Tatu eingetroffen.

Kolonialles.

* Die deutsche Kolonialgesellschaft beschloß in ihrer am Freitag abgehaltenen Hauptversammlung noch, an den Reichskanzler das Ersuchen zu richten, das Hinterland von Kamerun durch Anlage und Bemannung weiterer Militärstationen aufzuschließen und dadurch die Verbindung mit Garua herzustellen und dauernd offen zu halten und zur Erreichung dieser Zwecke und im Hinblick auf die Machtentfaltung der Engländer und Franzosen im Norden des deutschen Schutzgebietes dem Reichstage eine hinreichende Erhöhung des Stärkefußes der Schutztruppe im Reichshaushaltsvoranschlag für 1902 in Vorschlag zu bringen. Ferner wurde folgender Antrag angenommen: „Die Regierung wird ersucht, in Deutsch-Ostafrika eine allgemeine Regelung der Arbeiter-Lohnbedingungen herbeizuführen, so daß Bestimmungen zur Verhinderung des Kontraktbruches eingeborener Arbeiter erlassen werden."

Versammlungen und Kongresse.

* Die Stadt Berlin gab am Sonntag abend im Rathhause den Mitgliedern des internationalen Feuerwehr-Kongresses einen Empfang, wobei auch die Minister Frhrn. v. Rheinbaben und Hammerstein zugegen waren. Der Oberbürgermeister Kirschner begrüßte die Erschienenen, der Präsident Graf Kamarowski dankte für die freundliche Aufnahme und toastete auf Berlin, worauf der Vicepräsident des Kongresses, Cazier, einer der Vertreter Frankreichs, dem Oberbürgermeister die Medaille als Ehrenmitglied des „Conseil international" auf die Brust heftete.

* Gestern als am Vorabende der Eröffnung des IV. internationalen Verlegerkongresses in Leipzig fand dort in der Villa des Präsidenten Albert Brockhaus eine zwanglose Vereinigung der bisher eingetroffenen deutschen und ausländischen Vertreter statt.

* Der Gesammt-Ausschuß für Reformen im Feuerversicherungswesen, welcher sich durch Vereinigung der vom Bund der Industriellen einerseits und vom Verein der Industriellen Pommerns andererseits gebildeten Bewegung aus 83 industriellen Vereinen und Verbänden zusammensetzt, hält am Dienstag, den 11. Juni d. J., in den Räumen der Ausstellung für Feuerschutz und Feuerrettungswesen, Berlin W, Kurfürstendamm 150/56, seine erste Plenarversammlung ab. Die Tagesordnung lautet: 1. Grundsätzliche Erörterung über die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit der Gründung eines Feuerversicherungs-Schutzverbandes. 2. Vorlage der Satzungen für denselben. 3. Wahl des Vorstandes des Feuerversicherungs-Schutzverbandes. 4. Vorlage eines Aufrufes zum Beitritt zum Feuerversicherungs-Schutzverbande. 5. Stellungnahme zur Frage der Errichtung einer Industrie-Feuerversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit und zur Verstaatlichungsfrage. Es ist allgemein bekannt, daß sämmtliche Feuerversicherungs-Gesellschaften sich zu einem großen Ringe zusammengeschlossen haben und in erster Linie eine Erhöhung der Prämien für industrielle Risiken durchzuführen beabsichtigen. Bei der großen Tragweite der Verhandlungen dürfte auf eine zahlreiche Betheiligung der Vertreter industrieller Interessen aus allen Theilen des Reiches zu rechnen sein. Wie wir hören, beruhen sich die Zwecke des Feuerversicherungs-Schutzverbandes mit der Feuerschutzausstellung insofern sehr nahe, als es zu den weiteren Aufgaben des Schutzverbandes gehören wird, das Feuerschutz- und Feuerlöschwesen in industriellen Kreisen Deutschlands nachdrücklich zu fördern.

Ausland.

Dem Ablaufe der Handelsverträge

Deutschlands mit den anderen Staaten sehen seine beiden Verbündeten, Oesterreich-Ungarn und Italien mit Sorge entgegen. Wie wiederholt in Oesterreich-Ungarn, so wurde auch in Italien am Sonnabend eine von dieser Sorge diktirte Frage gethan, indem in der Deputirtenkammer bei der Berathung des Budgets des Ministeriums des Auswärtigen der Abgeordnete Guicciardini vom Dreibunde sprach und meinte, er sei überzeugt, daß es in Italien keinen Staatsmann geben könne, der eine Aenderung dieser Bündnisse wünschen könnte, die eine so lange Zeit hindurch den Frieden gesichert hätten. Es sei zu wünschen, daß es gelinge, die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich der Erneuerung der Handelsverträge mit Deutschland und Oesterreich entgegenstellen. — Im weiteren Verlauf der Verhandlungen kam es zu bösen Worten gegen Oesterreich. Der Deputirte Damiani erklärte nämlich, das italienische Interesse am Dreibund sei geringer als das Oesterreichs und Deutschlands. Italien habe eine übertriebene Meinung vom Dreibund, weil es die geheimen Fortschritte der französischen Artillerie nicht kenne. Die Erneuerung des Bündnisses mit Oesterreich sei eine Beleidigung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010610014/fragment/page=0002

der nationalen Ehre, da dessen Absichten deutlich auf die Adria, Bosnien und Albanien hinzielen. Redner weist auf die österreichischen mit Hilfe des Vatikans versuchten Umtriebe zur Gewinnung Albaniens hin. Der letzte Akt König Humbert's sei gewesen, die Absichten Oesterreichs durch Entsendung des italienischen Kronprinzen nach Berlin lahm zu legen. Goluchowski's Rede beweise nur, daß die Balkanfrage von einem zum anderen Momente wieder aufgerollt werden könne. Möge Italien seine Hände frei halten! Frenetischer Beifall begrüßte diese Rede des ehemaligen Sozialisten von allen Bänken und Tribünen, selbst der Kammerpräsident Villa bezeugte seinen Beifall durch Klatschen. — Die italienische Regierung dürfte also Schwierigkeiten haben, den Dreibund fernerhin aufrecht zu erhalten, Deutschland hat, wenn ihm daran liegt, daß er unberührt bleibt, also alle Ursache, die Erneuerung der Handelsverträge nicht durch große Rücksichtnahme auf die agrarischen Gelüste zu erschweren.

Die Wirren in China.

Generalfeldmarschall Graf Waldersee ist auf der Heimreise nach Deutschland am Sonnabend nachmittag an Bord des deutschen Kreuzers „Hertha" in Kobe eingetroffen und sogleich an Land gegangen. Auf eine beglückwünschende Ansprache des Bürgermeisters antwortete Graf Waldersee in herzlicher Weise. Er nahm sodann im deutschen Konsulat Wohnung und reiste am Sonntag früh über Kioto nach Tokio weiter. Wie früher schon erwähnt, wird er dort wahrscheinlich vom Mikado empfangen werden. Von Japan aus wird der Feldmarschall, ohne Amerika oder Deutsch-Ostafrika zu berühren, über Aden nach Deutschland zurückkehren. Unterwegs soll der heimkehrende Feldherr vom König von Italien begrüßt werden, der ihn eingeladen hat, einen Tag in seinem Schlosse in Neapel zu verbringen; Graf Waldersee hat diese Einladung angenommen. Die Ankunft des Feldmarschalls in Deutschland wird voraussichtlich im August erfolgen. Wie in Hannover verlautet, gedenkt der seine Gemahlin bis zu einem italienischen Hafen, vielleicht Messina, entgegenzufahren. So erklärt sich auch die Annahme, daß sie ihren Gemahl schon Ende Juli wieder begrüßen zu können hoffe. Denn in Deutschland selbst wird der Graf erst einige Wochen später eintreffen.

In Sachen der Entschädigungszahlung haben die Amerikaner wieder einen neuen Einfall. Sie schlagen vor, daß die Streitfrage bezüglich der von China zu zahlenden Entschädigung dem Haager Schiedsgerichtshof unterbreitet werde. Dieser Vorschlag der verschlagenen Yankees ergeht nur deshalb, um die Verhandlungen noch mehr in die Länge zu ziehen als es ohnedies schon geschieht, damit sie inzwischen ihre eigenen selbstsüchtigen Absichten weiter verfolgen können. Der amerikanische Vertreter in Peking, Rockhill, hat am Freitag in einem Telegramm dem Staatssekretär Hay um die Ermächtigung, der Gesandtenkonferenz einen bezüglichen Vorschlag unterbreiten zu dürfen. Hay erteilte am Sonnabend auf telegraphischem Wege diese Ermächtigung.

Der chinesische Hof zögert noch mit der Rückkehr nach Peking und hat einen augenscheinlich sehr fadenhaltig angesehenen Grund dafür bekanntgegeben. Das Shanghaier Blatt „Mercury" berichtet nämlich, es sei ein kaiserliches Edikt unter dem 6. d. ergangen, in dem erklärt werde, daß infolge der Hitze und des vorgerückten Alters der Kaiserin-Witwe die Rückkehr des kaiserlichen Hofes nach Peking bis zum 1. Sept. verschoben sei. Die Astrologen des Hofes hätten diesen Tag als für den Beginn der Reise günstig bezeichnet.

Die Rückschmähungen auf die wackere Kaiserin-Mutter geht aber noch viel weiter; sie hat nach wie vor über den Kaiser Kwangsü volle Gewalt. Alle Erwartungen, die man vielfach an die augenblickliche politische Haltung des chinesischen Hofes knüpft, und die Hoffnung, daß er nach den letzten bösen Erfahrungen der Reformpartei wieder ein geneigteres Ohr leihen würde, scheinen getäuscht werden zu sollen. Kaiser Kwangsü hat zu Händen der Gesandtschaften an alle im Auslande weilenden Chinesen ein Edikt ergehen lassen, in dem diese eindringlich vor den „neuen Irrlehren", den Lehren des Reformers Kang-yu-wei des früheren Lehrers und Beraters, gewarnt werden. Das Edikt dürfte ihnen bezgen von der Berliner Gesandtschaft veröffentlicht werden.

Oesterreich-Ungarn.

Die „Neue Freie Presse" meldet aus Prag: Da die deutschen Landesausschüsse und die Vertreter der deutschen Korporation zur Einweihung der Moldaubrücke bei Gelegenheit der Anwesenheit des Kaisers slechtliche Einladungen erhalten haben, werden sie der Brückeneinweihung fernbleiben.

Frankreich.

In der marokkanischen Frage scheint Frankreich noch bei weitem nicht zu wissen, was es thun soll. Von einem ganzen Bündel Meldungen zu dieser Angelegenheit verdienen folgende beiden hervorgehoben zu werden: Dem vaterländischen Herzen des Pariser „Petit Journal" mißfällt der Austausch von Höflichkeiten zwischen Deutschland und Frankreich, und es sucht seine Leser durch angstvolle Warnrufe aufzuregen, indem es behauptet, Deutschland dränge Frankreich zu einem marokkanischen Abenteuer, und schließt: „Deutschland lächelt uns liebenswürdig zu, damit wir einen gefährlichen Abhang hinabgleiten. Das ist für uns ein genügender Grund, stillzuhalten. Thun wir es rechtzeitig!" — Diese Warnung ist selbstverständlich völlig überflüssig, weil die ganze Mittheilung heller Unsinn ist. — Wichtiger ist, daß ein Zusammenhalten englischer und französischer Interessen befürchtet wird. In dieser Beziehung giebt eine Note der „Agence Havas" zu mancherlei Gedanken Veranlassung; sie lautet: „Gegenüber der Meldung des „Lords Mercury", daß es bezüglich Neufundlands und Marokkos zu einer Einigung zwischen England und Frankreich gekommen sei, wird im Ministerium des Aeußern erklärt, daß diese Meldung vollständig aus der Luft gegriffen sei."

Türkei.

Der ehemalige, am Sonnabend neugewählte Patriarch Joachim III. war der Kandidat der russischen Botschaft. Seine Wahl war so sicher vorbereitet, daß die unmittelbar nach der Wahl vertheilten heiligen Brote bereits mit Joachim's Namen versehen waren. Die versammelte Menge brach bei der Verkündigung des Wahlresultates vor der Kathedrale in laute Zustimmung aus. Die Pforte hatte aus der Liste von sechszehn Kandidaten sieben Namen gestrichen.

Korea.

Bezüglich der Unruhen auf der Insel Quelpart gehen einander widersprechende Gerüchte um; sicherlich haben aber blutige Kämpfe zwischen christlichen und anderen Eingeborenen stattgefunden.

Provinzialnachrichten.

⁂ Lützen, 9. Juni. [Einbruch.] In einer der letzten Nächte ist in der hiesigen Bahnhofswirthschaft ein Einbruch ausgeführt worden. Die Langfinger ließen aus der Vorrathskammer alles mitgehen, was ihnen an genießbaren Sachen gefiel. Hierauf stationen sie den Stationsräumen einen nächtlichen Besuch ab, öffneten die Schränke und suchten nach Geld, das sie aber glücklicherweise nicht fanden. Außerdem nahmen sie verschiedene Schlüssel mit, jedenfalls um ihren nächtlichen Besuch baldigst zu wiederholen. Von den Einbrechern fehlt bis jetzt jede Spur. Ebenfalls ist von einem Einbruchsdiebstahl auf dem Rittergut Kitzen zu berichten, wo Diebe dem Schweizer seine sämmtlichen Hosenknöpfe entführten.

m. Querfurt, 9. Juni. [Entdeckter Mord.] In der Neujahrsnacht wurde in Querfurt der Gendarm Bogel ermordet, ohne daß man bisher des Thäters habhaft werden konnte. Jetzt endlich scheint man des Thäters in der Person des Fleischers Franz Pabst aus Dedersteht habhaft geworden zu sein. Pabst wurde gestern in Bleicherode verhaftet.

Y Freyburg, 9. Juni. [Ausflüge.] Mit dem Mittagszuge trafen gestern cirka 100 Gerichtsbeamte mit ihren Damen aus Halle hier ein. Nachdem der Kaffee im Bahnhause eingenommen war, erfolgte der Aufbruch nach dem Schloß, der einstigen Residenz der Landgrafen von Thüringen, von wo man eine der schönsten Aussichten auf Saale- und Unstrut-Thal genießt. Nach der Rückkehr in die Stadt wurde der Erinnerungsturnhalle und dem Zahnmuseum ein Besuch abgestattet und der Weg nach der Schützenwiese fortgesetzt. Der unter liebenswürdiger Führung vollzogenen Besichtigung der Kellereien schloß sich eine Kostprobe an, worauf man sich im Restaurant zu gemeinsamem Mahle vereinigte. Die Rückkehr nach der Heimath erfolgte mit dem Abendzuge. — Am Sonnabend werden die Mitglieder des Reichsgerichts zu Leipzig nebst ihren Damen einen Ausflug nach unserer Stadt unternehmen.

△ Delitzsch, 9. Juni. [Einbruchsdiebstahl.] Im benachbarten Laue stahlen Diebe, nachdem sie die Hausthür gewaltsam erbrochen hatten, dem Häusler Zenzsch aus einem verschlossenen Schrank, während Z. mit seinen Familienmitgliedern auf Außenarbeit beschäftigt war, aus einem Beutel 260 M. in Gold. Einen Hundertmarkschein, der in demselben Beutel steckte, haben die Diebe jedenfalls übersehen, denn er fand sich noch im Geldbeutel vor.

** Jessen, 8. Juni. [Kreissynode Prettin. — Masernepidemie.] Am 6. d. M. tagte in Prettin unter Vorsitz des Superintendenten Koestler die Kreissynode Prettin. Nach vorausgegangenem Gottesdienste in der Stadtkirche fand gegen 11 Uhr vormittags die Beratung im Schützenhause statt, an der sich von 63 Mitgliedern 58 betheiligten. Mit Gesang und Gebet wurde die Synode eröffnet und ebenso gegen 3 Uhr nachmittags geschlossen. An dem gemeinsamen Mittagessen nahmen fast sämmtliche Mitglieder theil. — In dem benachbarten Orte Gorsdorf sind gegenwärtig viele Kinder an den Masern erkrankt, weshalb auf höhere Anordnung dortselbst ca. 4 Wochen lang der Schulunterricht ausfällt.

□ Genthin, 9. Juni. [Kreistagssitzung. — Beim Baden ertrunken.] In der Kreistagssitzung am 7. d. wurde u. a. für die Wiederbesetzung des erledigten Landrathsamtes auf Antrag des Rittergutsbesitzers Hinburg-Hohengöhren der bisherige Landrathsamtsverwalter Frhr. v. Wangenheim-Pennigsdorf in Vorschlag gebracht und einstimmig demgemäß beschlossen. — Der 15jährige Heiger Möhring aus Parey ertrank vorgestern beim Baden an der Plauer Schleuse, trotzdem er den Rettungsgürtel vom Dampfer „Fürstenberg", auf welchem er bedienstet war, mitgenommen. Schon vor einigen Jahren ertrank ein Bruder des M. ebenfalls beim Baden.

✚ Vom Eichsfelde, 9. Juni. [Ein dreister Ueberfall] wurde am sogen. Nieth im Westerwalde bei Wachstedt auf den dortigen Schäfer Wehr verübt. Ein Vagabund trat an ihn heran mit der Bitte um ein Stück Brot. Nachdem diese Bitte erfüllt war, verlangte der bettelnde Feinschmecker auch noch ein Stück Wurst. Auf die Bemerkung des Schäfers, daß doch ein Stück Brot hinreiche, um den Hunger zu stillen, faßte der Strolch den Schäfer und versetzte ihm mit dem Messer einen Stich in die Brust. Hierauf ergriff er die Flucht. Der Attentäter soll ein stellenloser Fleischergeselle sein, auf den die Polizei schon wegen anderweiter Vergehen fahndet.

— [Erledigte geistliche und Lehrerstellen.] Durch die Pensionirung wird die Pfarrstelle zu Zitz, Diözese Ziesar, mit dem 1. Oktober d. J. vakant. Sie unterstellt der freien Kirchenregimentlichen Besetzung und gewährt (neben freier Wohnung ein Einkommen von ca. 5670 M. Die Wiederbesetzung erfolgt hiermit durch freie Bewerbungen. Bewerbungen sind bis zum 1. August d. J. beim Königl. Konsistorium der Provinz Sachsen einzureichen. Da das Einkommen neben freier Wohnung 3600 M. übersteigt, so sind nur Geistliche von mindestens zehn Dienstjahren wählbar. — Zu der erledigten evangelischen Diakonatsstelle zu Liebenwerda in der Ephorie Liebenwerda ist der bisherige Predigtamtskandidat Max Karl Gustav Bente berufen und bestätigt worden. — Die bei den Schulvorsteherinnen-Seminar zu Droyßig ist vom 1. April 1901 ab die bisherige Titular-Oberlehrerin Schmidt als Seminar-Oberlehrerin angestellt worden. — Die Hauptarbeitslehrerin Fräulein Elise Friedrich in Halberstadt ist als Hauptarbeitslehrerin an der gehobenen Bürgerschule dortselbst einstweilig bestätigt worden. — Der Lehrer Fritz in Quedlinburg ist vom 1. Juli 1901 ab als Lehrer an der dortigen gehobenen Bürgermädchenschule endgiltig bestätigt worden. — Der Schulamts-Kandidat Fuchs aus Wernigerode ist vom 1. Juni d. J. ab als Lehrer an der Volksschule in Gutenswegen einstweilig angestellt worden. — Der Lehrer Friedrich Gente in Neukirchen ist als Lehrer, Kantor, Küster und Organist in Iden endgiltig bestätigt worden. — Die Lehrerin Klara Voigt aus Biederitz ist vom 1. Juni d. J. ab als Lehrerin an der Volksschule zu Biederitz einstweilig angestellt worden. — Der Schulamts-Kandidat Friedrich Kamprath wird anstragsweise als Lehrer und Nebenküster in Bergzieke, Kreis Gardelegen, beschäftigt. — Die bisher einstweilig angestellte Lehrerin Helene Marggraf an den Volksschulen zu Ochtersleben ist als solche vom 20. April 1901 ab endgiltig bestätigt worden. — Der Lehrer Hermann Schäfer zu Westerhausen ist vom 1. Juli 1901 ab zum Lehrer und Organisten dasselbst endgiltig ernannt worden.

— [Personalien.] Der Regierungsassessor Dr. jur. v. Obernitz in Liebenwerda ist zum Landrath ernannt; ihm ist das Landrathsamt im Kreise Liebenwerda übertragen worden.

* Vom Harz, 8. Juni. [Die Holzpreise] sind im Harz gegen voriges Jahr nicht unerheblich zurückgegangen. So wird z. B. über eine größere Holzauktion aus Hasselfelde berichtet: Im Dienstag wurde in der Volkmann'schen Gastwirthschaft hier vom Forstamt Hasselfelde II eine Versteigerung von über 3000 fm Fichten-Bau- und Langnutzholz, sowie von etwa 600 rm Fichten-Nutzrollen abgehalten. Erschienen waren etwa 25 Käufer aus nah und fern, meist Holzhändler. Die Kauflust war sehr gering. Die verkauften Hölzer hatten etwa einen Taxwerth von rund 54,215 M., während der Gesammterlös nur 53,609 M. betrug. In den letzten Jahren wurden diese Hölzer immer mit 30—40 Proz. über Taxe verkauft, während dieselben heute mit 1,1 Proz. unter Taxe abgegeben werden mußten. Etwas günstiger verlief eine Auktion, die am 3. Juni in Hohegeiß abgehalten wurde. Obwohl Käufer genug erschienen waren, erzielte das zum Verkauf gestellte Holz nicht die Preise der Vorjahre, und es wurden im Durchschnitt nur ca. 6—8 Proz. über Taxe bezahlt. Sehr wenig Nachfrage war nach starken Hölzern, welche stellenweise unter Taxe abgegeben werden mußten, während für die geringeren Hölzer gute Preise gezahlt wurden.

* Vom Kyffhäuser, 8. Juni. [Ein Nationalfest] soll am 22. Juli auf dem Kyffhäuser abgehalten werden. Der Gedanke geht von der Centenarkriegsinvalidenstiftung „Patriotismus" in Berlin aus, welche bezweckt, hilfsbedürftigen Kriegsveteranen am 22. März jeden Jahres ein Ehrengeschenk zuzuwenden, und daneben auch „die Wiedergebung des Idealismus in der Volksseele durch Volksspiele nationaler und religiöser Tendenz und die Bekämpfung der aus reinem Materialismus das Volk mit solchen Darstellungen verpestenden modernen Bühnenliteratur" erstrebt. Als Tag der Nationalfeier ist der 22. Juli 1901 festgesetzt.

H Bernburg, 9. Juni. [Aufdeckung einer alten Grabstätte.] Zur Aufdeckung prähistorischer Grabstätten erhalten die Alterthumsvereine Anhalts vom herzoglichen Staatsministerium aus dem Dispositionsfonds ansehnliche Beihilfen. Dieser Umstand hat den hiesigen Alterthumsverein veranlaßt, an dem bei Baalberge — eine Stunde von hier — gelegenen „Schneiderberge", der ca. 6 Meter hoch ist und einen Umfang von 132,55 Meter hat, Ausgrabungen vorzunehmen. Das bisherige Ergebniß derselben ist nur ein geringes; es besteht in einem kleinen, leider nicht unversehrt aufgefundenen Thongefäß und einigen Scherben, von denen zwei besonders charakteristisch sind, weil sie als Verzierung Zickzacklinien tragen. Nach Aussage des Professors Höfer aus Wernigerode, des bekannten Ausgräbers, der gestern und heute hier anwesend war, gehört das Thongefäß der älteren Bronce- und der andere Fund — die Scherben — dem Ende der jüngeren Steinzeit an. In dieser Woche werden die Arbeiten fortgesetzt, und der Alterthumsverein giebt sich der bestimmten Hoffnung hin, demnächst auf ein Steinplattengrab zu stoßen. Warum der Berg den Namen „Schneiderberg" führt, kann urkundlich nicht festgestellt werden. Uebrigens ist bei Baalberge bereits 1825 ein Grab aus der älteren Bronzezeit geöffnet worden; doch sind die damals gemachten Funde verloren gegangen.

* Köthen, 8. Juni. [Umgestaltung des Hospitals zu St. Jacob.] Das im Jahre 1538 vom Fürsten Wolfgang gestiftete Hospital zu St. Jacob, das bisher außer dem Gebäude für die Hospitaliten einen ausgedehnten Wirthschaftsbetrieb einschloß, wird in nächster Zeit eine gänzliche Umgestaltung erfahren. Nachdem schon am 1. Oktober v. J. der Oekonomiebetrieb eingestellt ist, sollen jetzt sämmtliche Gebäude auf dem ausgedehnten Grundstück niedergelegt und durch andere ersetzt werden. Die Pläne hierfür unterliegen nur noch der Genehmigung des Herzoglichen Konsistoriums. Danach wird an der Promenade ein Wohngebäude für den Patron der St. Jacobskirche, den jeweiligen Oberbürgermeister, und das neue Hospitalgebäude entstehen. Zu dem Bau des ersteren Gebäudes entschloß man sich, um eine Ausnutzung des Terrains zu ermöglichen. Vom einem Verkauf mußte abgesehen werden, um nicht neben das Hospital und den Friedhof eine angenehme Nachbarschaft zu bekommen. Das Haus soll dann dem jeweiligen Oberbürgermeister gegen einen angemessenen Mietbetrag überlassen werden. Das Hospitalgebäude erhält im Erdgeschoß einige größere Säle zur Abhaltung des Konfirmandenunterrichts, für Versammlungen kirchlicher Körperschaften usw. Die oberen Geschosse sind zu Wohnungen für die Hospitaliten, alte erwerbsunfähige Bürger Köthens, bestimmt. Längs der ganzen Straßenfront ist ein schöner, breiter Vorgarten vorgesehen. An der Halleschen Straße soll ein Doppelgebäude mit Dienstwohnungen für die beiden Geistlichen der St. Jacobskirche entstehen, welche seit Verkauf der alten Pfarrhäuser eine solche nicht besaßen. Die hierzu erforderliche Bausumme wird jedoch nicht dem Hospitalvermögen entnommen, es soll vielmehr, vorbehaltlich der Zustimmung der kirchlichen Körperschaften, der aus dem Verkauf der alten Pfarrhäuser stammende, jetzt auf etwa 56,000 M. angewachsene Fonds Verwendung finden. Die ausgedehnten Ländereien des Hospitals sind mit Anfang dieses Jahres verpachtet worden.

* Edderitz, 7. Juni. [Rohheit.] Einem russisch-polnischen, beim Kleemähen beschäftigten Arbeiter hatte man sein Schlutterfaß versteckt, und er weigerte sich nun, da er seine Sense nicht wetzen konnte, weiter zu mähen. Der hinzukommende Verwalter des betreffenden Betriebes schlug, als er den Grund des Nichtmähens erfahren hatte, nun ohne weiteres in der brutalsten Weise mit seinem Gehstocke auf den sich in seinem Rechte glaubenden Arbeiter los und fügte ihm so schwere Verletzungen zu, daß er nach Anlegung eines Verbandes bei einem Köthener Arzte im Kreiskrankenhause aufgenommen werden mußte. Für den Verwalter wird die Sache natürlich noch ein unangenehmes Nachspiel haben.

* Zeutenroda, 8. Juni. [Eine Kindesmörderin.] Die kürzlich mit ihrem Zuhälter festgenommene Ottilie Fietsch aus Roschitz befindet sich noch hier in Haft. Durch den Gendarmen Hartwig aus Triebes, in dessen Bezirk sie früher gedient hat, ist nun ermittelt worden, daß diese Frauensperson Anfang vorigen Monats geboren und das Kind beseitigt hat. Sie hat den Kindesmord bereits eingestanden und giebt an, das Kind zwischen Neustadt a. Orla und Triptis eingewickelt und nahe einem Teich versteckt zu haben.

* Eisenach, 8. Juni. [Ernteaussichten.] Verschiedenen Berichten zufolge wird in diesem Jahre in Thüringen eine außerordentlich reiche Waldbeerenernte erwartet. Heidelbeeren, Preißelbeeren und vor allem Erdbeeren blühen überall sehr reichlich und zeigen auch bereits einen sehr erfreulichen Fruchtansatz. Infolge der verhältnißmäßig günstigen Witterung geht jetzt überall in Thüringen die Heuernte vor sich, die, soweit die Wiesen nicht durch die letzten Unwetter vernichtet worden sind, einen recht befriedigenden Erfolg haben wird.

Z. Gera, 9. Juni. [Die Kommission für Blumenpflege,] welche aus Gärtnern und Lehrern besteht, hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, sich an der vom 31. August bis zum 9. September auf dem Schützenplatze stattfindenden Jubiläumsausstellung des Gartenbau-Vereins zu betheiligen. Fünfhundert Zöglinge der Bürgerschulen werden eintausend selbstgepflegte Pflanzen ausstellen. Außerdem sollen Schulbücher für Botanik, Broschüren über die Schulgartenfrage und Anweisungen für die Blumenpflege durch Kinder kostenlos ausgelegt werden. Die Verpackungs-, Porto- und Frachtspesen für die Ein- und Rücksendung haben die Verlagsanstalten zu tragen. Jahresberichte, Prämiendiplome und Zeichnungen von Schulgartenanlagen sind ebenfalls willkommen. Anfragen und Briefe sind an Lehrer M. Zenner in Gera (Reuß), Dammstraße 1, zu richten.

* Kerchau, 7. Juni. [Schadenfeuer.] Gestern abend entstand in dem, Gebäude des Gutsbesitzers Franz Fritze ein Schadenfeuer, durch welches die erst im vorigen Jahre gebauten Stallungen und Scheune eingeäschert wurden. Außer einer Anzahl Federvieh sind bei dem Brande zwei Kühe, eine Sau mit Ferkeln und einige Fohlen umgekommen. Besonders hervorgethan bei den Löschungsarbeiten hat sich eine Abtheilung Soldaten der fünften Compagnie des Zerbster Bataillons unter Führung des Freiherrn v. Kittlitz; diesen ist es zu verdanken, daß die benachbarten Großkopf'schen Gebäude gehalten wurden.

* Kirchberg, 8. Juni. [Der gestohlene Lotteriegewinn.] Rechtes Mißgeschick hat eine Maurerbefrau im benachbarten Hartmannsdorf betroffen. Sie gewann bei der letzten Dresdener Pferdelotterie ein Pferd mit Wagen und hatte den Gewinn alsbald für 750 M. veräußert. 600 M. von dieser Summe sollten nun auf der Sparkasse eingezahlt werden. Einstweilen wurde aber der Betrag im Kommodenkasten aufbewahrt. Als die Frau das Geld herausnehmen und zur Sparkasse tragen wollte — war es verschwunden. Ein Dieb hatte es mitgehen heißen, und die in diesem Falle unglückliche Gewinnerin hatte das Nachsehen. Der Dieb konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

Aus Sachsen und Thüringen. Der meiningische Städtetag, der am Sonnabend in Kranichfeld tagte, hat beschlossen, im nächsten Jahre seine Versammlung in Sonneberg abzuhalten. — Die Schützengesellschaft in Eisenberg (S.-A.) wird in den Tagen vom 18.—25. August d. J. die Feier ihres 300jährigen Bestehens begehen. — Die goldene Hochzeit feierten die Eheleute Heyer in Merseburg und Schnorre in Aschersleben. — Ihr 25jähriges Jubiläum im Dienste der Firma Eblinghaus, Bever & Co. in Halberstadt feierten am Sonntag die Prokuristen Arthur Feichnsky und Emil Schreube. — Die Filialapotheke in Oter soll in eine selbstständige Apotheke umgewandelt werden.

Bäder und Sommerfrischen.

Bäderfrequenz. Sulza bis zum 6. Juni 369 Kurgäste, Marienbad bis zum 7. Juni 3835 Kurgäste, Soolbad Elmen bis zum 7. Juni 2893 Kurgäste, Bad Elgersburg bis zum 9. Juni 416 Kurgäste.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010610014/fragment/page=0003

Gegründet 1855.

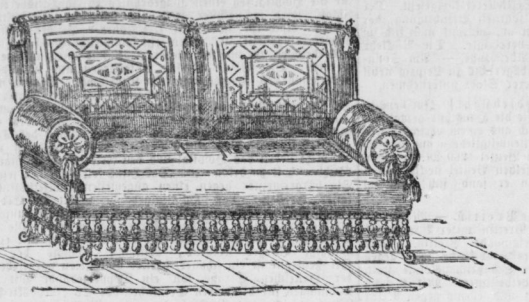
Fr. Naumann

Gegründet 1855.

Möbelfabrik mit elektrischem Kraftbetrieb.

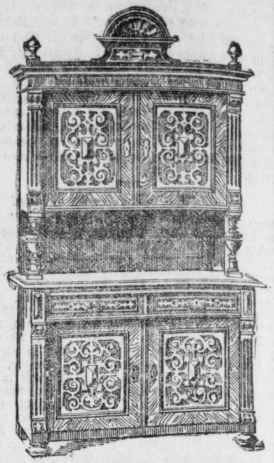
Rationellste Fabrikation mit neuesten Maschinen.

Grösste Leistungsfähigkeit.



Enorme Billigkeit unter Verwendung denkbar bester Materialien.

Permanente Ausstellung mustergültiger Einrichtungen in Chippendale, Gothik, Empire etc.



1 Kameeltaschen-Divan mit Plüscheinfassung M. 72.

1 nussb. Büffet, innen Eiche, M. 135

PATENTANWALT
W. Düchting, Ingenieur.
Dr. B. Oettinger, Chemiker,
Leipzig, Gohliserstr. 11.

Vernickelungsanstalt
Josef Mittag,
Henriettenstraße 33.

Damen-Frisiren
übernimmt im Abonnement u. empf. sich bestens **Helene Horn**, Weidenplan 7, I.

Gebrauchte Laden-Einrichtungen,
als: **Waarenschränke, 25 m Fachregale, 25 m Ladentisch** mit Eichenplatte im Ganzen oder einzeln, ferner Kastenregale, Fachregale, Ladentische mit Eichenplatte und Marmor in verschiedenen Größen, 5 Geldschränke, einth- und zweith. Kassen und Büste u. u. m. **verk. billig**
Friedrich Peileke,
nur Geiststraße 25.

Aachener-Badeöfen
D.R.P. Über 50000 im Gebrauch D.R.P.
Houben's Gasheizöfen
Prospecte gratis. Vertreter an fast allen Plätzen.
J. G. Houben Sohn Carl, Aachen.

A.-G. Elektricitätswerke (vorm. O. L. Kummer & Cie.)
Ingenieur-Abtheilung Leipzig.
Markgrafenstrasse 4, I. Telephon No. 6492.
Elektrische Beleuchtungs- und Kraftübertragungs-Anlagen
jeder Art und Grösse.
Elektrische Centralen. **Elektrische Bahnen.**
Elektromotoren, Glüh- und Bogenlampen, Accumulatoren.
Installationsmaterialien. Beleuchtungskörper.
Projecte prompt und kostenfrei.

Alle Arten STEMPEL in Kautschuk und Metall.
Signirtypen u. Stempel, Signirschablonen, Clichés, Galvanos, Petschafte, Siegeltafeln, Plombenzangen, Paginirmaschinen, Numeroteure, **Kautschuktypen**, Preisschilder-Druckereien etc., sowie alle Stempel-Utensilien empfiehlt billigst
Alfred Pfautsch, Stempel-Fabrik.
Nur Nicolaistrasse 6.

Möbel-Etablissement
M. Resch
Halle a. S.,
Leipziger Str. 11 (Eing. im Laden).
Verkaufsräume befinden sich I., II. u. III. Etage.
Specialgeschäft completter
Wohnungs-Einrichtungen
v. 200–6000 Mk.

Salon.

1 hochel. Plüschgarn. od. Bouclé.	M	120.
1 „ nußb. Salon-Verticonv	„	60.
1 „ „ Salontisch	„	22.
1 „ „ gr. Säulen-Trumeau mit Fas.	„	55.
4 moderne Rohrlehnstühle	„	24.

Wohnzimmer.

1 Kleiderschrank mit Muschel	„	35.
1 Speisetisch mit Auszügen	„	22.
1 gr. Vitrine p. m. Schränkch.	„	35.
1 gute Ottomane mit Ripsbez.	„	50.
4 Stühle mit Rohrsitz	„	14.
1 Servirtisch	„	10.

Schlafzimmer.

2 franz. Bettst. mit Sprungf.-Matratze und Keilkissen	„	88.
1 Waschtisch mit Marmorplatte	„	32.
1 Waschtischspiegel	„	3.
1 compl. Kücheneinrichtung	„	40.

Alles zusammen für M 630.
Sämmtliche Möbel werden z. selben Preis auch einzeln abgegeben. Trotz der billigen Preise langjähr. Garantie. Gekaufte Möbel werden unentgeltlich aufbew. u. z. best. Zeit franco geliefert.

Siemens & Halske, A.-G., Techn. Bureau Magdeburg
und
Hans Herzfeld, Ingenieurbureau für Licht u. Wärme,
Installationsbureau für Siemens & Halske, A.-G.
(Halle a. S., Bergstraße 7).

Wir machen hierdurch ergebenst auf unsere gemeinschaftliche Schaustellung auf der Landwirthschaftlichen Ausstellung in Halle a. S. aufmerksam (Stand 89). Zweck der Ausstellung ist, in kleinem Maßstabe eine vollständige elektrische Kraftübertragungsanlage für landwirthschaftliche Zwecke vorzuführen (Spirituslokomobile, Dynamo, Elektromotor, Dreschmaschine, Schrotmühle und Kreissäge, alles im Betrieb).

Ferner führen wir eine Anzahl Fernsprechapparate vor u. A. verschiedene Grub entelephone und kantsprechende Fernsprechapparate. Sämmtliche Apparate von **Siemens & Halske, A.-G. Berlin**, die Installation von **Hans Herzfeld, Halle a. S.**

Mäh' mit „Saxonia"
Klee, Luzerne und jedes Getreide!

Die **„Saxonia"**-Getreidemähemaschine ist infolge ihrer **hervorragenden Neuerungen** und soliden Bauart **eine der besten existirenden Mähemaschinen.** Nicht zu vergleichen mit leichten ausländischen Maschinen.
Näheres durch die Fabrikanten
Schmidt & Spiegel, Maschinenfabrik, Halle a. S.
Auf der Wander-Ausstellung der **Deutschen Landwirthschafts-Gesellschaft zu Halle S., 13.–18. Juni 1901.**
Reihe 17, Stand 118
und **Reihe 5, Stand 59.**
Schmidt & Spiegel, Maschinenfabrik, **Halle a. S.**

Freiherrl. von Friesen'sche Gartendirection, Rötha i. S.
(Inh. v. 67 Staats-, gold. u. and. Med. u. Ehrenpr.)
Aepfel- u. Beerenweine u. Schaumweine
(Aepfel-, Erdbeer-, Himbeer-, Brombeer-, Heidelbeer-, Johannisbeer-, Stachelbeer- und Rhabarberwein)
garantirt naturrein, haltbar, wohlbekömmlich.
Preislisten kostenfrei.
Auf der **Landwirthsch. Ausstellung** kommen diese Weine in der **Obstwein-Kosthalle** zum Ausschank.

Gerichtlicher Verkauf.
Die Restbestände der **W. Oesterreich'schen Konkursmasse**, bestehend in **Shlipsen, Kragen, Hüten, Mützen, Manschettenknöpfen, Nadeln, Sporthemden,**
Handschuhen, Unterzeugen 2c., werden zu jedem annehmbaren Preise im Laden **Alte Promenade 1a** Vorm. 9–12 und Nachm. 3–6 Uhr ausverkauft. Die Laden-Einrichtung ist gleichfalls zu verkaufen.
J. Ed. Peuschel, Konkurs-Verwalter.

H. R. Heinicke
Chemnitz
Wilhelmplatz 7.
Fernsprecher 439.
Specialgeschäft für **Fabrik-Schornsteinbau** und **Dampfkessel-Einmauerungen.**

Errichtet runde Schornsteine aus gehen u. rothen wetterbeständigen u. säurefesten Radialsteinen. Führt Dampfkesselmauerungen durch hierin geübte Leute aus. Liefert rauchverzehrende Roste.
Illustrirter Prospect u. Anschläge kostenfrei.
Richtet Schornsteine der Erde von 140 m Höhe ausgeführt.

Lassen Sie Ihr Fahrrad repariren
bei
Josef Mittag, Henriettenstr. 33, Telephon 2369.
Eigene Emaillir- u. Vernickelungsanstalt.

Kopf's Familien-Likör
erstklassiger deutscher Tafel-Likör, à 1/1 Fl. M. 2,50 überall zu haben.
Wo nicht geführt, wende man sich direct an uns.
Erste Hallesche Cognacbrennerei
Gebrüder Kopf in Halle a. S.

Verkaufsstelle **Engel & Vogel,** Halle, Niemeyerstr. 18/19. Fernsprecher 165.

Sool- u. Moorbäder, Kohlensäure-Soolbäder,
Douchen etc. verabreicht Wochentags von 6 Uhr früh bis 7 Uhr Abends, Sonntags bis 1 Uhr Mittags
Bad Wittekind.

Himbeer-Saft
per 1 Pfd. 60 ₰
A. Krantz Nachf., Gr. Steinstr. 11 Fernspr. 2064.

Wasche mit
Luhns
Wasch-Extract

Für den Anzeigentheil verantwortlich: W. König in Halle.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Mit 2 Beiblättern und Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19010610014/fragment/page=0004